



Ein Pfand würde bisheriges Sammelnetz zerstören

Recyclingfirmen lehnen den von Nationalräten geforderten Systemwechsel für Getränkedosen und PET-Flaschen ab



In der Schweiz werden heute 83 Prozent der PET-Flaschen und 93 Prozent der Glasflaschen retourniert.

DAVID VONPLON

5000 Tonnen Plastik gelangen in der Schweiz Jahr für Jahr in den Boden und in Gewässer, weil Abfall achtlos liegen gelassen oder weggeworfen wird. «Die grösste Abfallmenge entsteht durch den hohen Verbrauch von PET-Flaschen», bilanzierte unlängst eine Studie der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa), die vom Bund in Auftrag gegeben worden ist.

Eine parlamentarische Initiative des Schwyzer CVP-Nationalrats Alois Gmür fordert deshalb die Einführung eines Pfands auf Aludosen und PET-Flaschen. «In der Schweiz werden auf Plätzen, Strassen und an Strassenrändern Getränkedosen und Getränkeflaschen liegen gelassen», argumentiert der Bierbrauer. Ein Pfand gäbe diesen einen Wert, so dass es sich lohnen würde, die Flaschen und Dosen zu sammeln und an die Verkaufsstelle zurückzubringen. Damit würde weniger weggeworfen und die Abfallmenge vermindert.

Supporter von links bis rechts

Der Vorstoss erhielt vor den Wahlen breite Unterstützung im Parlament: Nicht weniger als 34 Nationalräte von links bis rechts unterzeichneten ihn, unter ihnen der Bauernverbandspräsident Markus Ritter, die FDP-Chefin Petra Gössi, der CVP-Präsident Gerhard Pfister und der grüne Nationalrat Bastien Girod.

Swiss Recycling, der Dachverband der Schweizer Recyclingorganisationen, warnt nun in einem Bericht zur Initiative vor den negativen Konsequenzen eines Systemwechsels. «Das Pfand würde die dafür grundlegende Sammelinfrastruktur ohne Not zerstören.» Leidtragende wären die Konsumenten: «An Bahnhöfen, in Büros, in Schulen oder bei Freizeitanlagen gäbe es keine Sammelstellen mehr.»

In der Schweiz werden heute 83 Prozent der PET-Flaschen, 92 Prozent der

Aludosen und 93 Prozent der Glasflaschen retourniert. Dies geschieht schweizweit an gut 100 000 Sammelstellen. Die Branchenorganisation rechnet damit, dass mit der Einführung eines Pfandsystems der allergrösste Teil davon verschwinden würde. Bestehen blieben bloss die 7000 Sammelstellen des Detailhandels, die gesetzlich zur Rücknahme verpflichtet sind. Die freiwilligen Sammelstellen müssten abgebaut werden, weil mit einem Pfand allein der Handel für die Rücknahme von Getränkeverpackungen zuständig wäre.

Zudem würden die Städte und Gemeinden einen grossen Teil der Alu-, Glas- und PET-Sammelmengen sowie die damit verbundenen finanziellen Entschädigungen verlieren. Dies hätte zur Folge, dass die Kosten für die Sammlung von Glas- und Alu-Restmengen wie Konfitürengläsern oder Tierfutterschalen steigen und die teuer geschaffenen Kapazitäten bei den Werkhöfen und in der Logistik hinfäl-



lig würden.

Nimmt die Zahl der Rückgabemöglichkeiten ab, wird für die Konsumenten der Weg zur nächsten Sammelstelle im Schnitt länger. Dies wiederum führt dazu, dass mehr Flaschen und Dosen im Abfall landen. Auch auf die Litteringproblematik könnte sich das Pfand kontraproduktiv auswirken: Städte und Gemeinden sind gegenwärtig daran, mit neuen Konzepten die Separatsammlung und das Recycling im öffentlichen Raum zu stärken. Diese Initiativen auf lokaler Ebene würden mit der Einführung eines Pfandsystems zerstört. Hinzu kommt: Nur gerade sieben Prozent der liegengelassenen Gegenstände würden dem Pfand unterliegen. Auf den grössten Teil der weggeworfenen Abfallmenge – Fast-Food-Verpackungen, Zigarettensammel und Plastiksäcke – hätte das Pfand keinen Einfluss.

Auch der Detailhandel lehnt die Einführung eines Flaschenpfands vehement ab. Ein Pfandsystem verursacht gemäss der IG Detailhandel, der unter anderem die Grossverteiler Migros und Coop angehören, jährlich Kosten von 290 Millionen Franken. Das bestehende Sammelsystem ist mit jährlichen Kosten von 90 Millionen Franken deutlich günstiger. «Zumindest einen Teil der zusätzlichen Kosten müssten die Konsumenten berrappen», sagt Sprecher Patrick Marty. Er betont, dass das heutige Recyclingsystem hervorragend funktioniere. Insgesamt nimmt der Handel über seine Verkaufsstellen jährlich 20 000 Tonnen PET-Flaschen zurück.

Ernüchterung in Deutschland

Mehr Anklang findet das Flaschenpfand bei der Konsumentenschützerin Sara Stalder. Sie erachtet dessen Einführung als prüfenswert. «In der Schweiz wird sehr viel Plastik aller Art für Verpackungen verwendet», sagt die Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS). «Gegen diese enormen Berge von Verpackungsmüll muss die Industrie dringend etwas unternehmen.» Die Einführung eines Pfandsystems könnte laut Stalder ein Weg sein – sofern es tatsächlich zu einer höheren Recyclingquote führe. An Grossanlässen zeige sich, dass das Litteringproblem mittels Depot massiv verringert werden könne.

Gegen das Pfand sprechen allerdings die durchgezogenen Erfahrungen im Ausland. In Deutschland sank der

Anteil an Mehrwegverpackungen nach der Einführung eines Pfandsystems im Jahr 2003 von 66 Prozent (2004) auf 42 Prozent (2007). Bereits 2010 ist das deutsche Umweltamt zum Schluss gekommen, dass das Pfand keine geeignete Massnahme sei, um Mehrwegverpackungen zu fördern. Schenkt man den Warnungen der hiesigen Recyclingindustrie Gehör, spricht wenig dafür, dass sich ein Systemwechsel in der Schweiz positiver auswirken würde.